

Es wurde vereinbart, den Bericht Seite für Seite durchzugehen.

Abg. Diekmann fragte zu Seite 11 des Berichtes, wann die Standbaukosten für den Messestand auf 215,00 €/m² erhöht worden seien. Herr Beyer erklärte, dass die Kosten nach zehn Jahren erstmals im Jahr 2005 von 200,00 €/m² auf 215,00 €/m² netto angehoben worden seien.

Zu Seite 17 erhob Abg. Recki die Frage, warum die Hintergründe des deutlichen Anstiegs von freihändigen Vergaben nicht erforscht wurden. KVD Dellbrügge führte aus, dass diese Verschiebung sehr vielfältige Gründe haben könne, deren Hinterfragung dieser Prüfungsauftrag nicht beinhaltet habe. Abg. Diekmann gab zu bedenken, dass die Erforschung von Hintergründen zur Vermeidung von Fehlern gerade die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes sei. KVD Dellbrügge bestätigte dies und teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass zur Zeit die Vergabestatistik des Jahres 2009 ausgewertet und dass in diesem Zusammenhang auf die Gründe eventueller Verschiebungen eingegangen würde.

Abg. Leitterstorf bemerkte zu Seite 25, dass sie es erfreulich fände, dass die Verwaltung durch die Vorsortierung der Briefe nach Leitregionen eine Rückvergütung verzeichnen konnte. Abg. Recki bat zu Seite 24 um Auskunft, ob die Ausschreibung des Paketversandes inzwischen erfolgt sei. KOAR'in Merx bejahte dies. Seit dem 01.10.2009 würde der Paketversand durch das Unternehmen vorgenommen, das bei der Ausschreibung das wirtschaftlichste Angebot abgegeben habe.

Abg. Post nahm auf die seit 14 Jahren unveränderten Gebühren auf Seite 35 Bezug und bat um Mitteilung, warum keine Erhöhung vorgenommen wurde und um eine Synopse mit den Gebühren anderer Kreise. KOAR Pütz sagte dies zu.

Anmerkung des Rechnungsprüfungsamtes:
Die Unterlagen werden vom Fachamt nachgereicht.

Zu Seite 39 erkundigte sich Abg. Görg, wann mit der Erstellung des Bußgeldkataloges zu rechnen sei. KOAR Pütz erläuterte, dass in diesem Bereich die meisten Fälle durch Verwargelder erledigt würden und das Fachamt für die geringe Anzahl von Bußgeldverfahren eine Regelung durch einen Bußgeldkatalog derzeit nicht für notwendig erachte. Die Bußgeldbescheide würden einzelfallbezogen erstellt und die Ermessensentscheidungen entsprechend begründet.

Abg. Diekmann merkte zu Seite 52 an, dass bei der Feststellung, dass in 33 Fällen insgesamt der Betrag i. H. v. 881,28 € erstattet worden sei, die Kosten der Prüfung außer Verhältnis zum Nutzen gestanden hätten.

Auf den Hinweis der Abg. Recki erklärte KBOR Kötterheinrich zu Seite 54, dass inzwischen festgestellt worden sei, dass die Ausgestaltung der Rahmengebühr der angesprochenen Tarifstelle in einem Erlass geregelt und ein eigene Dienstanweisung deshalb nicht notwendig sei.

Abg. Recki bat zu den Seiten 72ff. um eine Stellungnahme. Ltd. KVD Ganseuer äußerte – insbesondere auch im Hinblick auf die Prüfungsbemerkungen zu den Seiten 82 bis 96 (Rahmenauftrag über Zeitvertragsarbeiten für Maurer- und Betonarbeiten) – dass die Prüfung eine Betrachtung im Nachhinein sei und die überzahlten Beträge nur mit großem Aufwand zurückgefordert werden könnten. Die betreffende Firma habe inzwischen einen Rechtsanwalt zu Rate gezogen und ließe die Rückforderung des Kreises überprüfen. Ltd. KVD Ganseuer informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass auch eine Meldung an die Eigenschadenversicherung ergangen sei. Ferner würden die neuen Mitarbeiter des Fachamtes sensibilisiert, auf die Einhaltung der Verträge zu achten und schließlich sei mit dem Rechnungsprüfungsamt eine Visakontrolle der Rechnungen vor Zahlungsanweisung vereinbart worden. Von der Finanzbuchhaltung würden nur Rechnungen angenommen, die vorher vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden seien.

Abg. Dr. Kuhlmann stellte hierzu fest, dass die Gebäudewirtschaft regelmäßig in der Kritik stünde und appellierte an die Verwaltung, diese Probleme schnell zu lösen. Abg. Overath wies darauf hin, dass die Rechnungen der Unternehmen trotz Visakontrolle pünktlich zu bezahlen seien.

Abg. Diekmann monierte zu den Seiten 77 und 78, dass eine gebotene Ausschreibung nicht weiter verzögert werden solle.

Abg. Lägel bat um Mitteilung, nach welchem Modus die Prüfungen vorgenommen werden. KVD Dellbrügge erklärte, dass das Rechnungsprüfungsamt die zu prüfenden Ämter und Themen selbst in einem Prüfplan festlege. Bei Fallprüfungen werde ein repräsentativer Prozentsatz zur Prüfung herangezogen, in anderen Bereichen hingegen flächendeckend Systematiken und Arbeitsabläufe der Prüfung unterzogen. Im Bericht für das Jahr 2008 seien beispielsweise die Ämter geprüft worden, die seit Beginn dieses Jahres neu in der Kreisverwaltung ihren Dienst versehen. Hierbei handele es sich um das Versorgungsamt und die Abteilung für Immissionsschutz (früher: Staatliches Umweltamt).

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass der Ausschuss durch die jährlich stattfindende Eigenprüfung ebenfalls Einfluss auf Prüfthemen nehmen könne. Abg. Recki regte an, dem Ausschuss in der jeweils letzten Sitzung eines Jahres die Prüfthemen für das kommende Jahr vorab mündlich zu benennen.